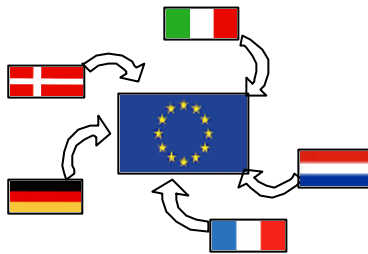


Dezember 2000

Universität Trier
Lehrstuhl für Internationale Beziehungen/ Außenpolitik

**Project on the Comparative Analysis of Foreign Policies in Europe
'PAFE'**



Diskursanalyse und Außenpolitikforschung

PAFE-Arbeitspapier Nr. 2

(draft version)

von

Jörg Nadoll

Kontakt:

Universität Trier

FB III/ Politikwissenschaft

Lehrstuhl für Internationale Beziehungen/ Außenpolitik · Projekt: PAFE

Postfach DM 45

54286 Trier

Tel. +49-(0)651-201-3013 oder -2151

Fax: +49-(0)651-201-3821

e-mail: pafeproj@uni-trier.de

webpage: <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm>

Vorbemerkung: Das folgende Arbeitspapier erhebt keinerlei Anspruch auf Abgeschlossenheit und Ausgereiftheit. Insofern gehört es in die Kategorie der ‚never-to-be-finished‘-Paper, die im Verlauf des Projekts weiter komplettiert werden. Zudem möchte ich zu bedenken geben, dass das Papier primär zur ‚inneren Verwendung‘ gedacht ist und den Projektmitarbeitern selbst als Vorlage dienen soll. Demzufolge mag es für den interessierten externen Leser zuweilen etwas schwergängig erscheinen.

Für hilfreiche Anmerkungen und Kommentare danke ich Henning Boekle und Bernhard Stahl.

Gliederung

	Seite
1. Einleitung	4
2. Das Diskursverständnis	5
2.1 Diskurs als Quelle für Außenpolitik?.....	6
2.2 Diskurs als Legitimationsquelle	8
2.2.1 Eliten- und Gesellschaftsdiskurse.....	9
2.2.2 Das „Rhetorikproblem“	10
3. Die Wirkungsweise von innergesellschaftlichen Diskursen	12
3.1 Diskursformation und Diskurshegemonie	13
3.2 Diskurse und Macht.....	17
4. Fazit	17
5. Grundbegriffe der Diskursanalyse.....	18
6. Die Diskursanalyse	19
6.1 Mikro- und Makroebene der Analyse.....	19
6.2 Vorgehensweise bei der Diskursanalyse	21
6.3 Auswahl der relevanten Textquellen.....	24
7. Was kann dieser Ansatz leisten?	25
8. Literaturverzeichnis	26

1. Einleitung

Den Ausgangspunkt der Überlegungen bildet die konstruktivistische Prämisse, dass es keine objektive „Realität“ gibt. Was allgemein als „Realität“ bezeichnet wird, ist vielmehr eine soziale Konstruktion.

„Our idea of what belongs to the realm of reality is given for us in the language that we use. The concepts we have settle for us the form of the experience we have of the world (...) there is no way of getting outside the concepts in terms of which we think of the world (...). The world is for us what is presented through those concepts.”

(Winch 1958: 15)

Damit kommt den Kommunikationsprozessen, in deren Verlauf kollektive Identitäten, politische Zielvorstellungen und Strategien miteinander verknüpft sowie Verhaltensweisen mit Bedeutung versehen werden, eine besondere Tragweite bei der Untersuchung des außenpolitischen Verhaltens eines Staates zu. Zur Untersuchung der skizzierten Wechselwirkungen verweisen einige Autoren auf die „Diskursanalyse“ als methodisches Werkzeug (z.B. Wæver 1995; Larsen 1997: 3-33; Milliken 1999). Im folgenden soll erläutert werden, welches Verständnis von „Diskurs“ dem Projekt zugrunde liegt und inwieweit die Diskursanalyse bei der Analyse von Außenpolitik helfen kann. Dazu wird zunächst der angenommene Wirkungszusammenhang zwischen Diskurs und außenpolitischem Verhalten dargelegt (Abschnitt 2.). Im Zuge der weiteren Operationalisierung des Diskurskonzepts, wird danach insbesondere auf die Entwicklung von Diskurshegemonie innerhalb einer Gesellschaft eingegangen (Abschnitt 3.) Die bis dahin getroffenen Feststellungen werden anschließend in einem Fazit (Abschnitt 4.) zusammengefasst. Die folgenden Abschnitte setzen sich mit der wissenschaftlichen Analyse von Diskursen auseinander. Dazu werden zuerst die wesentlichen Begrifflichkeiten definiert. In Abschnitt 6. wird anschließend zunächst das Konzept der Diskursanalyse allgemein behandelt und danach auf die konkrete Vorgehensweise im Rahmen des Projekts eingegangen. Den Abschluss bilden einige Reflexionen über die Aussagekraft des gewählten Ansatzes.

2. Das Diskursverständnis

Ein einheitliches Verständnis von „Diskurs“ scheint es nicht zu geben (so Hoffman/ Knowles 1999: 9). Was der Begriff „Diskurs“ im einzelnen umfasst, wird von den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, die sich der Diskursanalyse bedienen, unterschiedlich beurteilt (vgl. Dijk 1997: 1f; Larsen 1997: 14). Teilweise wird Diskurs nur als eine „Form des Sprachgebrauchs“ verstanden. Andere Autoren nehmen zusätzliche Komponenten auf, wonach Diskurs als Konzept auch beinhaltet, wer warum, wann und in welcher Weise Sprache gebraucht. „Diskurs“ wird oft sehr allgemein definiert und verstanden als die Art und Weise, in der ein bestimmtes Thema in einem bestimmten Zeitabschnitt behandelt wird.

Jim George stellt stärker auf die Bedeutung von Diskursen bei der Konstruktion von sozialer Wirklichkeit ab und definiert Diskurs als:

„...a broader matrix of social practice which generates the categories of meaning by which reality can be understood and explained.“

(George 1994, zit. nach Hoffman/ Knowles 1999: 10)

Ein Diskurs ist für uns - wie für George - mehr als nur Worte oder Sprache. Er umfasst im wesentlichen drei Dimensionen: (1) Gebrauch von Sprache, (2) Kommunikation über Wertvorstellungen bzw. kommunikative Transmission von Wertvorstellungen sowie Sinngebungen und (3) Interaktion in sozialen Situationen und spezifischen Kontexten.

Wie an anderer Stelle gezeigt (siehe Nadoll/Stahl/Boekle: PAFE-Arbeitspapier Nr. 2, Abschnitt 2), liegt dem Projekt ein Identitätsansatz zugrunde. Wir betrachten Identität als eine komplexe Konstruktion mit aktiven und inaktiven Teilen. Der Diskurs ist das Medium, durch welches Identität in einer konkreten Situation mit Bedeutung versehen wird. Historische Erinnerungen z.B. werden zur Konstruktion von Identität instrumentalisiert, und der Diskurs ist das Werkzeug zur Konstruktion von historischen Erinnerungen – das Bild der Vergangenheit wird aus der Gegenwart heraus entworfen. Durch den Diskurs wird bestimmt, welche Teile der kollektiven Identität einer Gesellschaft „aktiv“, also zur Sinngebung in einer konkreten Situation herangezogen werden.

“Identity is not fixed, it has no essence and does not reside in any given texts or symbols or sacred sites. It is carried in language and made and remade in routine social practice.”

(Preston 1997: 7)

Identitätselemente, die in vorhergegangenen Diskursen konstruiert, bestätigt und zum Teil in Form von Institutionen verfestigt wurden, wirken ihrerseits als Referenzrahmen auf aktuelle Diskurse ein.

Der Begriff „*Diskurs*“ bezeichnet im Rahmen dieses Projekts eine *kommunikative Interaktion, in der versucht wird, Identitätselemente und Handlungspräferenzen argumentativ im Wege einer Kausalkette entsprechend der gesellschaftlich akzeptierten Angemessenheitslogik¹ – die auf der nationalen Identität beruht - miteinander zu verbinden.*²

2.1 Diskurs als Quelle für Außenpolitik?

Da die Diskursanalyse als methodisches Werkzeug dienen soll, ist zunächst das Verhältnis von Diskurs und Außenpolitik zu klären. Für Vertreter rationalistischer Ansätze ist der politische Diskurs nur Ausdruck von materiellen Zwängen („constraints“) oder anders ausgedrückt eine reine Reflexion von materiellen Strukturen. Sprache wird nur als Propaganda ohne Einfluss auf die politischen Entscheidungen gewertet (Fierke 1998: 16). Insbesondere realistische Ansätze erklären staatliches Verhalten allein aus den materiellen Bedingtheiten des internationalen Systems heraus.

Im Gegensatz zu rationalistischen Ansätzen versteht der Konstruktivismus Sprache als ein entscheidendes Instrument zur Konstruktion von sozialer Realität. Politik wird nach dieser Auffassung zum „Kampf um Begriffe“.

Fairclough drückt das wechselseitige Verhältnis wie folgt aus:

„The relationship of discourse to (...) extra-discoursal structures and relations is (...) constitutive: ideology has material effects, discourse contributes to the creation and constant recreation of the relations, subject (...) and objects which populate the social world.“

(Fairclough 1995: 73)³

¹ Die Angemessenheitslogik besagt, dass „behaviors (beliefs as well as actions) are intentional but not willful. They involve fulfilling the obligations of a role in a situation, and so of trying to determine the imperatives of holding a position. (...) Within a logic of appropriateness, a sane person is one who is ‚in touch with identity‘ in the sense of maintaining consistency between behavior and a conception of self in a social role“ (March/Olsen 1989: 160f.). Vgl. auch Finnemore 1996: 28-31.

² Unter „*Debatte*“ wird hier allgemein die Kontroverse über ein bestimmtes Thema verstanden. Als methodisch-technischer Oberbegriff umfasst sie alle Äußerungen zu einem Thema. Diskurse umfassen demgegenüber nur identitätsbezogene Argumentationen. Die Debatte erstreckt sich zumeist über einen langen Zeitraum und kann verschiedene Diskurse zu einem bestimmten Thema umfassen. Sie spiegelt somit auch die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Diskursmustern wider (siehe Abschnitt 5). Die allgemeine Debatte über Auslandseinsätze in der Bundesrepublik Deutschland z. B. erstreckte sich von 1991-1999. Unabhängig von sonstigen Argumentationen lassen sich in dieser Zeit zumindest zwei Diskurse festmachen, einer vor dem Hintergrund des Bosnien-Konflikts 1991-1994 und ein anderer im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt 1998/99.

³ Ähnlich Fierke: “Analysis of language games does not deny the importance of material objects or capabilities (...). Rather, the instruments of action take on meaning or a particular use or avoidance of use is justified within the framing of a particular game” (Fierke 1996: 480).

„Materielle Faktoren“ wie die Größe eines Landes oder seine wirtschaftlichen Ressourcen haben nach diesem Verständnis nicht per se Einfluss auf das außenpolitische Verhalten eines benachbarten Landes. Entscheidend ist vielmehr, wie diese Faktoren im Diskurs des jeweiligen Landes bewertet und eingeordnet werden. Je stärker externe Faktoren – Größe, Verhalten, Erwartungen von Nachbarstaaten - im innergesellschaftlichen Diskurs thematisiert und mit Bedeutung versehen werden, desto relevanter sind sie für das außenpolitische Verhalten. So kann das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Frankreich ungeachtet der „materiellen Faktoren“ als „Erbfeindschaft“ oder „Freundschaft“ konstruiert werden. Diese Konstruktion entscheidet z.B. darüber, ob die meisten Deutschen Angst vor den französischen Atomwaffen haben oder nicht.

Wichtig für den Verlauf eines Diskurses sind sogenannte *„diskursive Ereignisse“*, also Ereignisse, die zum Gegenstand eines breiten Diskurses werden. Was als „Realität“ erfahren wird, ist abhängig von sozialer Konstruktion. Ereignisse wie etwa einen Reaktorunfall oder ein Wahlergebnis erlangen erst durch den über sie entfalteteten Diskurs Bedeutung und werden dadurch zur sozialen Realität. Ereignis und diskursives Ereignis müssen einander an Umfang und Bedeutung keineswegs entsprechen: Wenn ein Reaktorunfall verschwiegen wird, wird er nicht zu einem diskursiven Ereignis, auch wenn er noch so viele Menschenleben fordert (Jäger 1993: 157). In den Diskursen spiegelt sich damit nicht einfach die objektive Wirklichkeit wider, sondern die soziale Interpretation von ‚Realität‘ (Milliken 1999: 236). Wenn ein reales Ereignis zu einem diskursiven Ereignis wird, verstehen wir es als „formativ“, insoweit es in einem gesellschaftlichen Diskurs mit Bezug auf konkrete Identitätselemente thematisiert wird. Das „formative Ereignis“ tritt in Form eines *strukturellen Ereignisses* auf, wenn das institutionelle Gefüge in Frage gestellt wird oder sogar neue Akteure etabliert werden.

Im Rahmen dieses Projekts wird der Diskurs *nicht* als *eigenständige Quelle* für Außenpolitik angesehen (so etwa Larsen 1997: 21). Der Diskurs konstituiert einen Rahmen für die außenpolitische Grundausrichtung und bestimmt damit in einem konkreten Fall die Parameter für außenpolitische Optionen. Der Verlauf eines aktuellen politischen Diskurses wird in starkem Maße durch die Diskursträger und damit durch verbal handelnde Akteure beeinflusst. Diese sind in ihrem Handeln aber nicht völlig autonom, sondern werden

hinsichtlich ihrer Einflussmöglichkeiten selbst durch vergangene, identitätsgeprägte Diskurse bestimmt (siehe Abschnitt 3.2). Insbesondere die durch beständige Rekonstruktion temporär verfestigten und relativ stabilen „Diskursformationen“ (siehe Abschnitt 3.1) haben dabei einen eher „strukturellen Charakter“. In ontologischer Hinsicht stellt der Diskurs - nach dem hier zugrundegelegten Verständnis - somit das Bindeglied zwischen Akteur und Struktur dar.

Die entscheidende Quelle für außenpolitisches Verhalten ist Identität bzw. das jeweils einschlägige Identitätselement. Einzelne politische Akteure werden bei ihren Entscheidungen durch ihre personale und soziale Identität, entscheidende Gruppen darüber hinaus durch ihre kollektive Identität beeinflusst. In einer demokratisch verfassten Gesellschaft ist davon auszugehen, dass alle zu treffenden oder getroffenen außenpolitischen Entscheidungen im Einklang mit der nationalen Identität, also jener kollektiven Identität, die alle Mitglieder einer Gesellschaft gemeinsam haben und diese verbindet, stehen. Die nationale Identität gibt als komplexe Konstruktion den Grobrahmen vor, innerhalb dessen ein Verhalten von allen Mitgliedern der Gesellschaft als angemessen akzeptiert wird. Sie setzt die Grenzen, innerhalb derer ein Verhalten überhaupt „möglich“ erscheint. Dieser Rahmen ist allerdings sehr weit gefasst und erlaubt grundsätzlich verschiedene Handlungsweisen in einer Vielzahl unterschiedlicher Situationen. Der Diskurs grenzt den durch die nationale Identität vorgegebenen Handlungsrahmen weiter ein, indem bestimmte Identitätselemente im Hinblick auf das konkrete Verhalten (re)konstruiert werden.

Im Wege der Diskursanalyse lässt sich somit zeigen, welche Wertvorstellungen und Identitätselemente einer Gesellschaft zugrunde liegen und welche in bestimmten Kontexten von besonderer Bedeutung sind. Diskurse schaffen einen ‚*common sense*‘, ein Grundverständnis, das von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt wird. Damit schränken Diskurse – soweit sie sich durchgesetzt haben - einerseits einen möglichen Widerstand der Gesellschaft gegen ein bestimmtes Staatshandeln ein und setzen andererseits dem Staatshandeln selbst enge Grenzen. Die Diskursanalyse kann zeigen, warum ein analysiertes System politische Optionen in der Weise strukturiert und limitiert, dass Entscheidungsträger nur ganz bestimmte Optionen vertretbar finden bzw. als vertretbar darstellen.

2.2 Diskurs als Legitimationsquelle

Politische Diskurse laufen auf verschiedenen Ebenen einer Gesellschaft ab. Der kausale Zusammenhang zwischen Diskurs und einem konkreten außenpolitischen Verhalten hängt in starkem Maße von der Gesellschaftsebene ab, auf der der Diskurs geführt wird.

2.2.1 Eliten- und Gesellschaftsdiskurse

Außenpolitischen Entscheidungen gehen zumeist reine Elitendiskurse innerhalb und zwischen bestimmten Institutionen – z.B. Kanzleramt, Außen- und/oder Verteidigungsministerium – voraus. An solchen Elitendiskursen sind nur wenige Personen beteiligt, die in ihren Entscheidungen durch ihre personale und soziale Identität, ihr spezifisches Weltbild und den sich daraus ergebenden persönlichen Zielen und Interessen geleitet werden. Darüber hinaus werden sie vor allem durch die Wertvorstellungen und Standardprozeduren derjenigen Institution, der sie sich zugehörig fühlen, beeinflusst („organizational culture“). Bei diesen Diskursen kann man am ehesten davon sprechen, dass ein konkretes Verhalten aus ihnen *resultiert*, also ein kausaler Zusammenhang zwischen Diskurs und außenpolitischem Verhalten besteht. Derartige Elitendiskurse sind allerdings empirisch kaum zugänglich und setzen – soweit der direkte Kausalzusammenhang aufgezeigt werden soll – auch eine Denkbildanalyse der beteiligten Akteure voraus. Ein solches Vorgehen deckt sich in wissenschaftstheoretischer und methodologischer Hinsicht aber nicht mit dem hier gewählten Ansatz. Dem Projekt liegt eine soziale Theorie zugrunde; dementsprechend werden soziale Kriterien wie *nationale* Identität als „erklärende Variable“ definiert. Kognitive Theorien hingegen, die sich u.a. der Methode der Denkbildanalyse bedienen, untersuchen den Einfluss von individuellen und subjektiven Ideen („belief systems“, vgl. Little/ Smith 1988). Dabei wird den Überzeugungen einzelner Entscheidungsträger - mehr oder weniger explizit - ein hohes Maß an Autonomie gegenüber ihrem sozialen Umfeld zugeschrieben und außenpolitisches Verhalten allein auf ihre individuelle Überzeugungen zurückgeführt (so etwa Banchoff 1997). Gegen diesen Ansatz ist einzuwenden, dass:

„(...) examining decision-making processes through individual motivation and cognition alone ignores the commonality of shared norms underlying dominant ideas or knowledge.”

(Klotz 1995: 32)

Nicht das „belief system“ des jeweiligen Entscheidungsträgers selbst, sondern der gesellschaftliche Konsens, auf dem es beruht und den es repräsentiert, liefert demnach die Erklärung für außenpolitisches Verhalten. Erklärungen, die das außenpolitische Verhalten eines Staates auf die individuellen Überzeugungen einzelner Persönlichkeiten zurückführen, sind insofern unbefriedigend, als sie stets die Frage nach den gesellschaftlichen Wurzeln von individuellen Überzeugungen aufwerfen, ohne diese selbst beantworten zu können (Boekle/ Rittberger/Wagner 1999: 6). Der hier gewählte Ansatz vermeidet diese Problematik, indem er

die gesellschaftliche Wurzel individueller Überzeugungen – nationale Identität – zur Grundlage der Untersuchung macht.

Außenpolitisches Verhalten hat – soweit es von einiger Relevanz ist, also die Grundwerte bzw. –vorstellungen einer Gesellschaft betrifft – auch Diskurse auf hierarchisch untergeordneten Ebenen bis hin zur breiten Öffentlichkeit zur Folge. Solche innergesellschaftlichen Diskurse, die allen oder zumindest weiten Teilen einer Gesellschaft zugänglich sind, bilden den Untersuchungsgegenstand dieses Projekts.⁴ „Nationale“ Diskurse unterscheiden sich von Elitendiskursen – neben der höheren Anzahl der Beteiligten – vor allem hinsichtlich des „Diskursmusters“ (s.u.), d.h. die Aussagen der politischen Entscheidungsträger und insbesondere die vorgebrachten Argumente können je nach Gesellschaftsebene stark voneinander abweichen.⁵

Natürlich sind Fälle denkbar, bei denen – obwohl politisch in anderen Ländern bedeutsam – sich kein breiter innergesellschaftlicher Diskurs entfaltet, sondern nur der Regierungsdiskurs feststellbar ist, der ohne Gegendiskurs zum Hauptdiskurs wird. So gab es z.B. in den Niederlanden im Gegensatz zu der Bundesrepublik keinen innergesellschaftlichen Diskurs über eine militärische Beteiligung am Kosovo-Einsatz (Problem der „undisputed issues“).⁶ Der Umstand, dass es trotz der allgemeinen politischen Brisanz eines Themas/einer Entscheidung bei einem reinen Elitendiskurs bleibt und dieser nicht herausgefordert bzw. hinterfragt wird, lässt sich mit einem identitätskonformen Verhalten der Regierung erklären. Wesentliche Identitätselemente wurden durch das verbale und non-verbale Verhalten der Entscheidungsträger nicht in Frage gestellt. Der eigentliche legitimierende Diskurs, bei dem die betreffenden Identitätselemente mit ähnlichen Verhaltensweisen argumentativ verbunden wurden, kann u.U. schon Jahre zuvor geführt worden sein und eine stabile „Diskursformation“ (s.u.) hervorgebracht haben.

2.2.2 Das „Rhetorikproblem“

Die nationale Identität gibt als komplexe Konstruktion den Grobrahmen vor, innerhalb dessen ein Verhalten grundsätzlich von allen Mitgliedern der Gesellschaft als angemessen akzeptiert wird. Durch den innergesellschaftlichen Diskurs wird bestimmt, welches Verhalten

⁴ Soweit im Folgenden der Begriff „Diskurs“ ohne weitere Spezifizierung verwendet wird, ist eben jener innergesellschaftlicher Diskurs gemeint.

⁵ Es ist ohne Kenntnisse über die zugrundeliegenden Motive von Entscheidungsträgern nicht möglich, zwischen „wahren“ Absichten und reiner Rhetorik zu unterscheiden. Daher kann nicht von einem unmittelbaren Kausalzusammenhang zwischen einem konkreten außenpolitischen Verhalten und dem diesbezüglichen innergesellschaftlichen Diskurs ausgegangen werden.

⁶ Aussage von Ben Soetendorp während des ersten PAFE-Beiratstreffens vom 29.06-01.07.2000 in Otzenhausen.

in einer konkreten Situation von einer Gesellschaft als vertretbar erachtet wird. Hierbei gibt es zwei analytisch trennbare Möglichkeiten: Entweder der Diskurs geht dem Verhalten voraus - steckt also den akzeptierbaren Verhaltensrahmen im konkreten Fall ab - oder er wird post factum geführt. Im zweiten Fall wirkt das vollzogene Verhalten und die daraus folgenden Ereignisse u.U. in starkem Maße auf den Diskurs ein. In beiden Fällen dienen die Diskurse, die - je nach Thema - im wesentlichen von den politischen und wirtschaftlichen Eliten getragen werden, der Legitimation eines beabsichtigten oder vollzogenen außenpolitischen Verhaltens. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen versuchen im Rahmen eines innergesellschaftlichen Diskurses eine von ihnen bevorzugte Verhaltensweise, mit bestimmten Elementen der nationalen Identität argumentativ zu verknüpfen. Da es sich bei allen Untersuchungsländern um pluralistische Demokratien handelt, ist davon auszugehen, dass keine der Regierungen zumindest längerfristig gegen den Willen ihrer Bevölkerung handeln kann, ohne sich mit öffentlichem Druck oder der Gefahr einer Abwahl konfrontiert zu sehen. Die Regierungen müssen daher bemüht sein, die notwendige Legitimation für ihre Handlungen einzuholen.

Der positivistische Einwand, die Aussagen der Regierungen seien bloße Rhetorik („cheap talk“), die die „wahren Motive“ verschleiern trägt nicht, denn bei der Diskursanalyse zählen nicht individuelle Motive, sondern sozial geteilte Interpretationen. Diskurse sind also eo ipso „trügerisch“, denn der Empfänger einer Sprachhandlung - in diesem Fall die Gesellschaft - entscheidet über den Sinn der Kommunikation (Descombes 1981: 115f u. 166). Dass die „wahren Interessen“ und Motive der einzelnen Akteure/-Diskursträger bei der Analyse keine Rolle spielen, kann auch ein Vorteil sein. Wæver führt aus:

„An advantage of this approach (discourse analysis) compared with psychological approaches studying perceptions and belief systems is that it stays totally clear of any relationship to what people really think. It is not interested in inner motives, in interests or beliefs; it studies something public, that is how meaning is generated and structured in a national context. If it is true that this has both a certain inertia and a relatively strong structuring effect on foreign policy, one has found a location for studying a domestic factor which is at the same time important and accessible.”

(Wæver 1995: 254)

Die schwierige Unterscheidung zwischen Rhetorik und inneren Motiven und damit auch zwischen rhetorischem und argumentativem Handeln ist somit für diesen Ansatz ohne Belang.

„... official statements or speeches are more than meaningless „*Schönwetterreden*“ (Hervorhebung im Text) because they allow for the transmission of ideas in unusually condensed form. Their repetitiveness allows for the discerning of patterns which means that major speeches by government representatives convey the logic of the government as they wish to express it.”

(Hoffman/ Knowles 1999: 17f)

Einige Gruppen stellen bestimmte Identitätselemente bei ihrer Argumentation in den Vordergrund, entweder weil die einzelnen Gruppenmitglieder selbst durch sie geprägt sind oder weil sie hoffen, dadurch bestimmte Gesellschaftsgruppen von ihrem Vorhaben zu überzeugen.

Politische Diskurse erfüllen in demokratischen Gesellschaften somit folgende *Funktionen*:

- Politische Diskussionen zu formen/zu leiten,
- Politische Ereignisse zu erklären,
- Politische Handlungen zu rechtfertigen bzw. um deren Legitimation zu ringen,
- Historische Erinnerungen zu (re-)interpretieren,
- Identität zu (re-)konstruieren.

Innergesellschaftliche Diskurse können Leitlinien für ein bestimmtes Verhalten festlegen und dieses legitimieren, sie sind nach der hier vertretenden Auffassung aber nicht direkt kausal für ein bestimmtes Verhalten „(...) in the sense that a bullet through the heart causes death or an uncontrolled surge in the money supply causes price inflation“ (Kratochwil/ Ruggie 1986: 767). Diskurse konstituieren einen Handlungsrahmen und werden daher als „*reason for action*“ und nicht als „*cause of action*“ betrachtet.

3. Die Wirkungsweise von innergesellschaftlichen Diskursen

Aus methodisch-theoretischen Gründen – vor allem zur Verdeutlichung der konkreten Vorgehensweise bei der Diskursanalyse – wird im folgenden die im Projekt angenommene Wirkungsweise von innergesellschaftlichen Diskursen verdeutlicht und damit das Diskurskonzept selbst weiter operationalisiert.

3.1 Diskursformation und Diskurshegemonie

Michel Foucault führte bei seinen Untersuchungen von Reden das Konzept der *Diskursformation* ein:

„(...) whenever between objects, types of statement, concepts, or thematic choices, one can define a regularity (an order, correlations, positions and functionings, transformations), we will say, for the sake of convenience, that we are dealing with a discursive formation – (...)”

(Foucault 1989a: 38)

Larsen griff das Konzept auf, welches er als Makrokonzept versteht, das einen strukturellen Rahmen für aktuelle Diskurse schafft. Fundamentale Veränderungen innerhalb dieses Rahmens sind relativ selten (Larsen 1997: 16), vielmehr weist Foucault darauf hin, dass es die „Unterthemen“ sind, bei denen eine Veränderung viel wahrscheinlicher ist.

„We shall call discourse a group of statements in so far as they belong to the same discursive formation (...) it is made up of a limited number of statements for which a group of conditions of existence can be defined. Discourse in this sense is not an ideal, timeless form (...) it is, from beginning to end, historical – a fragment of history (...) posing its own limits, its divisions, its transformations, the specific modes of its temporality (...)”

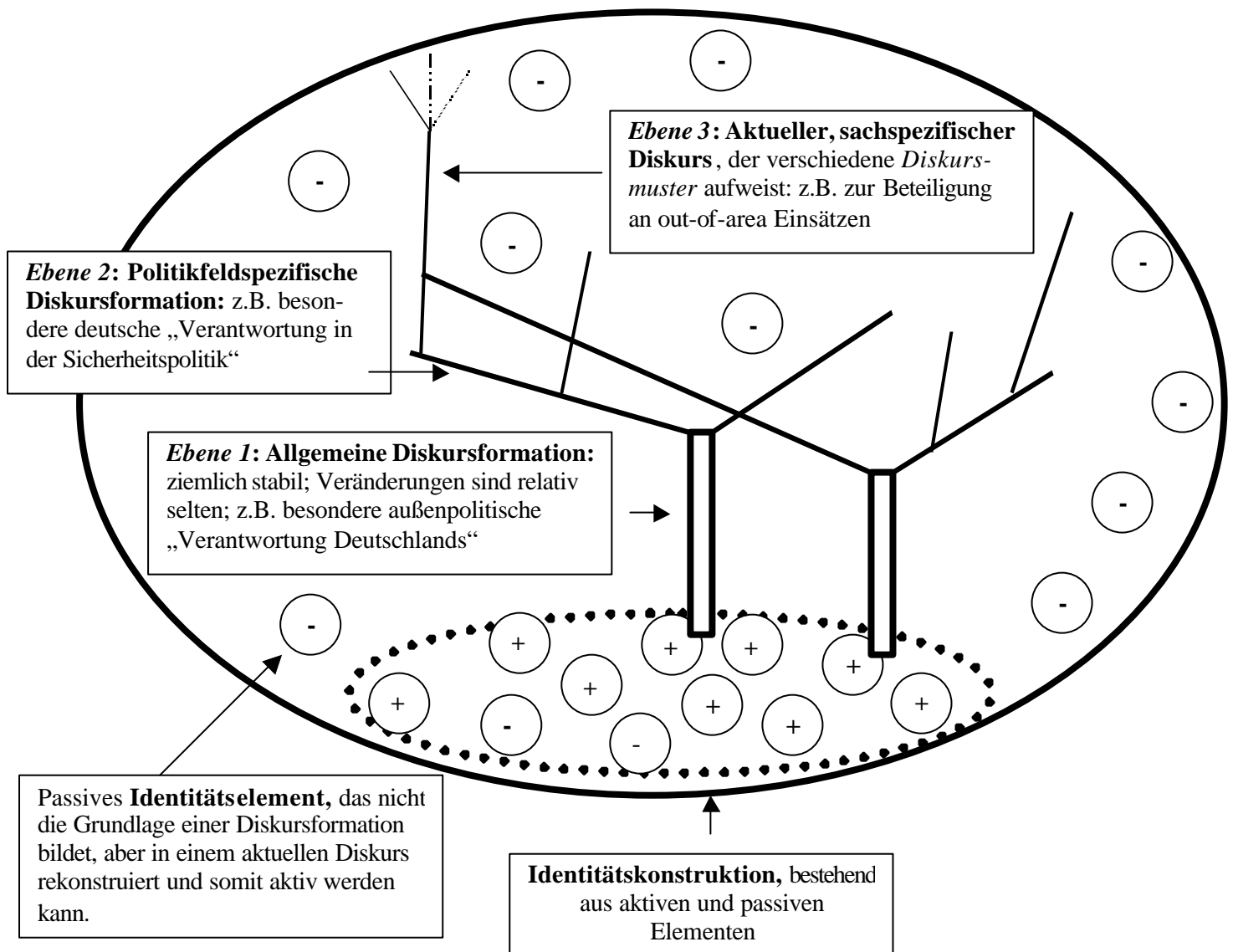
(Foucault 1989a: 38)

Mit Larsen kann Diskurs – in methodisch-theoretischer Hinsicht - als ein besonderer historischer Abschnitt innerhalb einer Diskursformation verstanden werden (Larsen 1997: 16). Auch wenn wir den Begriff Diskursformation etwas anders verwenden (s.u.) können diese Überlegungen bei der weiteren Operationalisierung helfen. Diese Konzeptualisierung erlaubt die Entwicklung eines „Diskursbaumes“ mit Wurzel (Identitätskonstruktion), Stamm (allgemeine Diskursformation), Ästen (politikfeldspezifische Diskursformationen) und Zweigen (sachspezifische Diskurse) (siehe Abb. 1). Larsen beschreibt es so:

„At the root are the central concepts, the ‘governing statements’ from which the particular conditions of other concepts can be derived from very general principles. At the end of the branches the statements become more concrete.”

(Larsen 1997: 17)

Abb. 1: Grafik; Diskursbaum



Quelle: Eigene Darstellung

„Diskursformationen“ (s.u.) entstehen aus Identitätselementen, die im Laufe kontinuierlicher Rekonstruktion bestätigt und mit einer bestimmten Bedeutung versehen wurden, die grundsätzlich als „Wahrheit“ betrachtet wird. Die Diskursformation „(...) opens up a delimited space in which some statements can be meaningfully expressed and understood“ (Hoffman/Knowles 1999: 13). Diskursformationen spiegeln - anders ausgedrückt - Grundelemente der Identitätskonstruktion einer Gesellschaft wider, die im Zuge vergangener Diskurse - hier verstanden als historische Abschnitte innerhalb einer Diskursformation - kommunikativ bestätigt worden und daher ziemlich stabil sind. Veränderungen in einer

Diskursformation sind relativ selten.⁷ Als Beispiel für eine allgemeine Diskursformation in der Bundesrepublik Deutschland kann die „besondere Verantwortung im außenpolitischen Handeln“ angeführt werden.

Zum Beispiel können in einem aktuellen Diskurs über die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen zwei verschiedene Argumentationsgänge auf die Diskursformation der „besonderen Verantwortung Deutschlands“ zurückgreifen. Einmal wird daraus die Notwendigkeit zu einer solchen Beteiligung abgeleitet, während dem anderen „*Diskursmuster*“ (s.u.) mit Verweis auf dieselbe Grundlage eine andere Argumentation zugrunde liegt und die Beteiligung ablehnt wird. Ebenso ist es möglich, dass Diskursträger in einem Diskurs auf verschiedene Diskursformationen zurückgreifen. In Diskursformationen spiegeln sich nationale Schlüsselbegriffe wider, die für den Großteil einer Gesellschaft mit bestimmten (aktiven) Identitätselementen, historischen Gemeinschaftserfahrungen und durch beständige kommunikative Rekonstruktion mit einer allgemein geteilten Bedeutung versehen sind.

Um die Öffentlichkeit von der „Richtigkeit“ ihrer Handlungsweise zu überzeugen, versuchen die Diskursträger eine argumentative Verbindung zu einem bestimmten Identitätselement zu knüpfen. Es kann sich dabei um ein bisher passives Element handeln, das im Verlauf des Diskurses rekonstruiert und vor dem Hintergrund der spezifischen Handlungsweise neu mit Bedeutung versehen und somit aktiv wird. Die Überzeugung ist allerdings wesentlich erfolgversprechender, wenn es einem Diskursträger gelingt, seine anvisierte Handlungsweise argumentativ mit einem aktiven Element zu verknüpfen, wenn er also auf eine bestehende Diskursformation zurückgreift. Diese Konstruktion wurde bereits internalisiert, zum Teil sogar institutionalisiert und erscheint einem Großteil der Gesellschaft als natürliche Normalität.

Der Diskurs ist „offen“, solange verschiedene Identitätselemente miteinander konkurrieren. Wenn sich ein bestimmtes Element herauskristallisiert und schließlich zum allgemeinen Konsens – also zur allgemein akzeptierten Grundlage für eine bestimmte Handlung – wird, ist der aktuelle Diskurs geschlossen. Allerdings ist dies maximal ein mittelfristiger, nie ein endgültiger Zustand:

„Discourse in a post-structuralist perspective is by definition never settled; it is always open for rearticulation.”

(Wæver 1995: 255)

⁷ Empirische Untersuchungen lassen diesbezügliche Kontinuitäten bei Diskursen erkennen; vgl. etwa Campbell 1992, Shapiro 1992, Bartelson 1995, Bach 1999.

Dementsprechend unterliegt der gesamtgesellschaftliche Diskurs und mit ihm auch die Identitäten und Wertvorstellungen einem laufenden Wandel.

„Any fixing of a discourse and the identities that are constructed by it can only be of a partial nature. It is the overflowing and incomplete nature of discourses that opens up spaces for change, discontinuity, and variation.”

(Doty 1996: 6)

Innerhalb eines Diskurses versuchen unterschiedliche Gruppen die Diskurshegemonie zu erreichen, also sich mit ihrem identitätsbezogenen Argumentationsmuster durchzusetzen und ein dominantes Diskursmuster zu etablieren. Townson spricht in diesem Zusammenhang vom Erreichen der „linguistischen Dominanz“:

„Linguistic dominance means that a discourse has established a dominant perception of reality, a narrative in which the meanings of terms are defined by their relative space in the dominant story, (...)”

(Townson 1992, zit. nach Hoffman/ Knowles 1999: 15)

Wesentlich bei dem Ringen um die linguistische (diskursive) Dominanz sind nach Townson drei Aspekte (Townson 1992: 25-33): 1. „*naming*“ (Begriffschaffung, -etablierung), also die Einführung und Etablierung neuer Begriffe in einen Diskurs, z.B. „Friedenstruppen“; 2. „*referencing*“ (Referenzherstellung): Hierbei wird versucht Verbindungen zu bereits existierenden Begriffen herzustellen, die positive Konnotationen aufweisen, aber ideologisch ungebunden sind (z.B. Moral, Verantwortung, etc.); und 3. „*signifying*“ (Deutungsmonopol), also in einem spezifischen Diskurs behaupten können, als einziger die „wahre“ Bedeutung eines Wortes zu kennen. Wer innerhalb eines Diskurses in der Lage ist, diese drei Aspekte zu dominieren, erlangt die Kontrolle über die Bedeutungszuweisung von Worten (linguistische Dominanz) und damit über den Diskurs selbst (diskursive Dominanz oder Diskurshegemonie). Der somit entstandene dominante Diskurs stimmt am meisten mit allgemeinen Erfahrungen und anderen Indikatoren für „Wahrheit“ überein, ihn umgibt daher ein „Mantel der Normalität“.

„What is normal seems natural, and to question the normal and natural is to invite marginalisation, ridicule, condemnation, or even punishment.“

(Hoffman/ Knowles 1999: 15)

3.2 Diskurse und Macht

Diskurse üben Macht aus; sie sind selbst ein Machtfaktor und tragen damit zur Strukturierung von Machtverhältnissen in einer Gesellschaft bei. Auch wenn Diskurse eine begrenzte Eigendynamik entwickeln können, entstehen sie nicht aus sich selbst. Die Einleitung und der weitere Verlauf eines Diskurses wird wesentlich durch die Diskursträger (s.u.) beeinflusst. Zwischen Diskursträger, Diskurs und dessen strukturellen sowie inhaltlichen Kontext besteht ein „dialektisches Verhältnis“. Einerseits ist der Diskurs den Zwängen des Kontextes unterworfen, andererseits trägt er zur Gestaltung des Kontextes bei, z.B. durch die Schaffung von Institutionen. Ebenso können die Diskursträger - abhängig von ihrer gesellschaftlichen Machtposition unterschiedlich stark – auf den Diskursverlauf einwirken, werden dabei aber selbst durch aktuelle oder vergangene Diskurse hinsichtlich ihrer diesbezüglichen Möglichkeiten bestimmt. Diskurse definieren diejenigen Subjekte, die autorisiert zum Sprechen sowie Handeln sind und damit auf die kommunikative Konstruktion von Bedeutungssystemen Einfluss nehmen können. Konkrete Ausprägung erfährt dieser Umstand z.B. bei Personen – etwa Amtsträgern -, die aufgrund der Verfassung eines Landes eine herausgehobene Stellung haben. Sie werden auch als „*privileged storyteller*“ (Milliken 1999: 236) bezeichnet. Diskurse laufen somit nicht herrschaftsfrei ab.

„Keeping in mind that words, expressions, propositions, etc., change their meaning according to the positions held by those who use them, and the corollary logic of discourses as hegemony-seeking, it is not surprising that the government narrative strives to monopolize the meanings of the above terms.”

(Bach 1999: 144)

4. Fazit

- Diskurse stellen einen wesentlichen Einflussfaktor für die Gestaltung von Außenpolitik in einer Gesellschaft dar.
- Der Einfluss anderer Faktoren hängt davon ab, wie sie im innergesellschaftlichen Diskurs thematisiert, bewertet und mit Bedeutung versehen werden.
- Der Diskurs ist das Medium, durch welches Identität mit Bedeutung versehen wird.
- In Diskursen wird versucht, Identitätselemente und Handlungspräferenzen argumentativ im Sinne der gesellschaftlich akzeptierten Angemessenheitslogik miteinander zu verbinden.

- Einige dieser argumentativen Verbindungen verfestigen sich durch beständige Rekonstruktion zu einer Diskursformation.
- Diskurse schaffen einen „*common sense*“. Damit schränken dominante Diskurse einerseits einen möglichen Widerstand der Gesellschaft gegen ein bestimmtes Regierungshandeln ein und setzen andererseits dem Regierungshandeln selbst enge Grenzen. Durch den innergesellschaftlichen Diskurs wird festgelegt, welches Verhalten in einer konkreten Situation von einer Gesellschaft als vertretbar erachtet wird.
- Insbesondere in pluralistischen Demokratien sind Entscheidungsträger bemüht, ihr Verhalten vermittlels von innergesellschaftlichen Diskursen zu legitimieren.
- Diskurse verlaufen nicht autonom und nicht herrschaftsfrei. Einige Diskursteilnehmer sind aufgrund einer gesellschaftlich herausgehobenen Stellung eher in der Lage, auf den Diskursverlauf Einfluss zu nehmen.
- In ontologischer Hinsicht stellen Diskurse das Bindeglied zwischen Akteur und Struktur dar.

5. Grundbegriffe der Diskursanalyse

Diskursformation: Identitätsgeprägtes, handlungsleitendes Argumentationsmuster. Diskursformationen spiegeln Grundelemente der Identitätskonstruktion einer Gesellschaft wider, die im Zuge vergangener Diskurse – hier verstanden als historische Abschnitte innerhalb einer Diskursformation – kommunikativ bestätigt worden und daher recht stabil sind. Der Begriff Diskursformation bezeichnet in methodisch-theoretischer Hinsicht eine weitergehende Operationalisierung von Identität.

Diskursstruktur: Formaler Weg (Struktur), den ein Diskurs in einer Gesellschaft nimmt, d.h. beteiligte Personen, Gruppen und Institutionen. Die Struktur wird sowohl durch die eigentlichen *Träger* des Diskurses - also diejenigen Personen oder Institutionen, die aktiv auf den Diskurs Einfluss nehmen und durch ihre Argumentation bzw. ihr Wirken die (Re)Konstruktion der Identität beeinflussen - als auch durch sonstige Beteiligte gebildet.

Diskursmuster: Inhaltlich konstante, auf einem bestimmten identitätsbezogenen Argumentationsmuster beruhende Art und Weise, wie ein Thema in einem aktuellen Diskurs behandelt wird. Im Gegensatz zum Diskurs wird Diskursmuster nicht als Interaktion, sondern als Ergebnis einer Handlung verstanden.

Diskursprofil: Da Diskurse und insbesondere Diskursformationen komplexe historisch gewachsene Gebilde sind, lassen sie sich nicht in ihrer Gesamtheit darstellen. Der rein methodisch-technische Begriff „Diskursprofil“ bezeichnet daher das Abbild/„Abstract“ eines

Diskurses bzw. einer Diskursformation unter Berücksichtigung der aktuellen bzw. grundsätzlichen Träger.

6. Die Diskursanalyse

In einer *Diskursanalyse* werden nach allgemeinem Verständnis die „Regeln“ erfasst, die einen bestimmten Diskurs konstituieren. Zentraler Untersuchungsgegenstand einer linguistischen Diskursanalyse ist die Sprache. Um diese Quelle im Hinblick auf außenpolitisches Verhalten auswerten zu können, müssen wir die „Bedeutung“ der Sprache im jeweiligen Untersuchungskontext entschlüsseln. Der Diskursansatz geht davon aus, dass es *keine Bedeutung in der Sprache an sich* gibt. Aus analytischen Gründen unterscheiden wir – mit Blick auf unser Erkenntnisinteresse - zwischen zwei Analyseebenen, die Mikro- und die Makroebene (Dijk 1997: 9). Sie können helfen, die Bedeutung von Sprache bzw. von Diskursen zu ermitteln.

6.1 Mikro- und Makroebene der Analyse

Als *Mikroebene der Analyse* bezeichnen wir den traditionellen linguistischen Untersuchungsansatz. Er konzentriert sich auf die Ermittlung der den sprachlichen Äußerungen zugrundeliegenden Strukturprinzipien. Linguisten untersuchen somit die abstrakte „Regelmäßigkeit“ von Sprache. Um diese zu erklären, benötigt man eine Grammatik, die Aussagen zur Phonologie (den Sprachlauten), zur Morphologie (der inneren Struktur eines Wortes – Stamm und Ableitungen), zur Syntax (der Sprach- bzw. Satzstruktur) und zur Semantik (der Bedeutung) macht (Anderson 1988: 284). Die syntaktische und semantische Analyse, das sog. *parsing*, bildet zumeist den Kern der Untersuchung. Durch das *parsing* werden die Wörter einer Mitteilung in eine mentale Repräsentation überführt, die die zusammengesetzte „Bedeutung“ der Wörter darstellt. ‚Bedeutung‘ ergibt sich hier primär aus der formalen Struktur eines Satzes, also aus der Beziehung der Worte zueinander. Die Ermittlung der „Bedeutung“ durch Untersuchung der formalen Kohärenzbeziehungen von aufeinander folgenden Wörtern und Sätzen reicht mit Blick auf unser Erkenntnisinteresse nicht aus, da es sich um „wertfreie“, also vom Kontext unabhängige Bedeutung handelt. Dies kann insbesondere bei der Untersuchung von Sprache, die einem anderen Kulturkreis entspringt als der Untersuchende selbst, zu einem nur ausschnittartigen Verständnis führen. So verhilft eine linguistische Untersuchung des exemplarischen Satzes: „Sie trägt schwarz“ etwa zu der Feststellung, dass

ein weibliches Wesen dunkle Kleidung trägt. Der Untersuchungsansatz offenbart aber nicht, dass dieser Satz in manchen Kulturkreisen bedeuten kann: „Sie ist in Trauer“.

Die *Makroebene der Diskursanalyse* versucht diesem Problem Rechnung zu tragen. Den Ausgangspunkt bildet hier die Überlegung, dass man, um die „Bedeutung“ einer Sprache bzw. im Rahmen eines Diskurses gemachter Aussagen zu verstehen, Kenntnisse über die *Verwendung* von Sprache haben muss. „Bedeutung“ steht somit in enger Verbindung zu „realen“ oder imaginären Ereignissen, die in gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen aufbereitet, bewertet, rezipiert und damit in einen bestehenden Kontext sozialer Regeln und Sinngebungen eingeordnet werden. Sprache erlangt somit „Bedeutung“ vor dem Hintergrund eines historisch gewachsenen Systems von Sinngebungen und Wertvorstellungen. Die Bedeutung und damit der Einfluss von Worten ergibt sich also nicht allein aus den Unterschieden zwischen ihnen, sondern aus den sozialen Werten, die ihnen gegeben wurden, und aus den Regeln, die bestimmen, auf welche Weise Worte verknüpft werden. Dies kommt u.a. im „Stil“ des jeweiligen Diskurses, also der spezifischen Auswahl von Begrifflichkeiten, zum Ausdruck. So wurden beispielsweise die Mitglieder der UCK im Kosovokonflikt – von den verschiedenen Diskursteilnehmer - als „Freiheitskämpfer“, „Rebellen“ oder „Terroristen“ bezeichnet.

Sprecher wie Hörer, bzw. Schreiber wie Leser stellen bei ihren Äußerungen bzw. bei deren Entgegennahme bewusst oder auch unbewusst einen Bezug zu den sie bzw. ihre soziale Gruppe prägenden Wertvorstellungen her (ähnlich Dilk 1997: 17). Daher spiegelt sich im Diskurs auch der Einfluss von Identität und entsprechenden Wertvorstellungen wider. Um die Bedeutung von Texten in einem Diskurs zu verstehen, bedarf es somit eines ‚strukturellen Wissens‘ (Wissen über die Textstruktur) *und* eines ‚Inhaltswissens‘ (bereichsspezifisches Vorwissen).

„With other members of their group, community or culture, social actors share norms, values and rules of communication, as well as *social representations* such as knowledge and opinions. In other words, in addition to individual cognition, discourse especially involves *sociocultural cognition*.” (Hervorhebungen im Text)

(van Dijk 1997: 17)

Neben einem groben Vorwissen über historische, kulturelle und normative Hintergründe eines Diskurses muss vor allem der aktuelle Kontext in Rechnung gestellt werden. „Kontext“ wird in diesem Zusammenhang verstanden als:

„... the structure of all properties of the social situation that are relevant for the production or the reception of discourse.”

(van Dijk 1997: 19)

Außer Zeit, Ort und Umständen müssen auch die Teilnehmer des Diskurses sowie deren kommunikative und soziale Positionen bei der Analyse berücksichtigt werden.

Im Hinblick auf die oben genannten Dimensionen eines Diskurses wird das Verhältnis von Sprachgebrauch, Wertvorstellungen bzw. perzipierten Bedeutungszusammenhängen und Interaktion untersucht.

„Discourse analysis emphasises identity rearticulation and stresses in relation to interest formation the interpretive schemes that insert meaning into many interests.

(Wæver 1995: 254)

Die Untersuchung orientiert sich somit nicht streng an der traditionell linguistischen Vorgehensweise. Es wird zwar versucht, syntaktische und semantische Besonderheiten der unterschiedlichen Sprachen zu berücksichtigen, morphologische und phonologische Aspekte finden aber keine Beachtung.

6.2 Vorgehensweise bei der Diskursanalyse

Ziel dieses Analyseverfahrens ist die Erstellung eines fallstudienbezogenen „Diskursprofils“, das einem „*Abstract*“ des entsprechenden Diskurses gleichkommt: Es fasst den identitätsgeprägten Hauptdiskurs, dessen Inhalte sowie seine Träger zusammen. Wohlge-merkt, dieses Diskursprofil ist strikt „innengeleitet“, es beinhaltet Kommunikation und Handlungen externer Akteure nur insoweit, als sie von internen Trägern des Diskurses aufgenommen werden. Externe Faktoren wie außenpolitischer Druck durch andere Regierungen und institutionelle Zwänge werden somit in dieser Vorgehensweise nur be-rücksichtigt, soweit sie über Sprache vermittelt und im innergesellschaftlichen Diskurs argumentativ verwendet werden.

Um die Diskursanalyse als methodisches Werkzeug im Rahmen einer politikwissen-schaftlichen Untersuchung adäquat einsetzen zu können, haben wir uns für folgende Vorge-hensweise entschieden: In der ersten Phase, die der Ermittlung der Diskursformationen und damit auch von Identitätselementen dient, werden anhand von Sekundärliteratur die „allge-meinen Diskursprofile“ eines Landes erstellt. Die Profile sollen neben den Diskursforma-tionen auch diejenigen Diskurssträger abbilden, die typischer Weise auf bestimmte Formationen zurückgreifen.

Dazu wird zunächst die Diskursstruktur eines Landes erfasst. Diese bezeichnet den Weg, den ein außenpolitischer Diskurs typischerweise nimmt. Zu diesem Zweck ist auf die außenpolitisch relevanten Strukturen des jeweiligen Herrschaftssystems einzugehen.

Das Studium der Sekundärliteratur allein erscheint aus mehreren Gründen nicht ausreichend. Zum einen haben die Autoren in der Regel andere Erkenntnisinteressen und setzen andere Schwerpunkte, als wir es gerne hätten. Zum anderen arbeiten viele Analytiker oft mit impliziten Annahmen über die Brauchbarkeit theoretischer Ansätze, die sich für uns als störend erweisen. Aus diesen Gründen ziehen wir zur weiteren Untermauerung der allgemeinen Diskursprofile zusätzlich zwei Verfahren heran: Erstens rekonstruieren wir – wiederum überwiegend aus der Sekundärliteratur – zwei historische außenpolitische Diskurse, wovon einer vor, der andere möglichst nach 1989 stattgefunden haben soll. Da wir davon ausgehen, dass Identität sehr stabil ist, sollten in diesen Diskursen bereits die wichtigsten Identitätselemente, die allgemeinen Diskursformationen sowie Diskursstruktur und -träger identifizierbar sein. Zweitens haben wir einen Fragebogen entwickelt, der genau dies noch einmal abfragt.⁸ Er geht mit Antwortvorschlägen der jeweiligen PAFE-Bearbeiter versehen an die jeweiligen nationalen Experten des Advisory Boards.

Als **Beispiel** für allgemeine Diskursprofile, die die Diskursformationen und diejenigen Diskursträger, die diese in aktuellen Diskursen typischerweise rekonstruieren, zusammenfassend abbilden, kann die folgende, stark vereinfachte Darstellung herangezogen werden:

Nach der Wiedervereinigung haben sich im außenpolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland (u.a.) zwei Formationen etabliert, die sich mit den Begriffen „normalistisch“ und „liberalistisch“ beschreiben lassen. Die erste, „normalistische“ Diskursformation wird vor allem repräsentiert durch Vertreter der Mitte-Rechts-Parteien, die sich grundsätzlich für eine bestimmtere deutsche Außenpolitik aussprechen. Sie betonen, dass sich die Machtposition der Bundesrepublik durch die Wiedervereinigung vergrößert habe: Deutschland sei erneut zu einer europäischen Großmacht geworden und müsse seine Außenpolitik dementsprechend anpassen. Da die Bundesrepublik aufgrund ihrer natürlichen Gegebenheiten (demographische Größe, Lage, wirtschaftliches Gewicht) eine „normale“ Großmacht – wie z.B. Frankreich – sei, müsse sie sich auch wie eine solche verhalten. Daher sei ein „Normalisierungsprozess“ erforderlich. Die ideelle Grundlagen eines solchen vergangenheitsorientierten Großmachtdenkens werden im Deutschen Reich von 1871 gesehen. Die zweite, „liberalistische“ Diskursformation wird primär durch Vertreter der Mitte-Links-Parteien repräsentiert, die grundsätzlich eine Politik der Selbstbeschränkung befürworten. Sie argumentieren, dass sich die Bundesrepublik aufgrund ihrer Vergangenheit außenpolitisch mehr zurückhalten müsse, insbesondere in militärischen Fragen. „Nie wieder Krieg“ und „niemals allein“ werden von den Vertretern dieser Gruppe als zentrale Identitätselemente betont, woraus die

⁸ Siehe PAFE-Fragebogen, Erstkonzeption von Jörg Nadoll, zusammengestellt von Jan Velleman im Juni 2000.

Notwendigkeit für multilaterales Handeln und die Förderung der Europäischen Integration abgeleitet wird.

Diese beiden allgemeinen Diskursprofile spiegeln relativ konstante Grundströmungen in der Bundesrepublik wider. Sie lassen sich im Falle einer aktuellen gesellschaftlichen Debatte, z.B. über den Auslandseinsatz der Bundeswehr, in der einen oder anderen Form wiederfinden.

In der zweiten Phase werden, ausgehend vom außenpolitisch relevanten Verhalten in den einzelnen Fallstudien und unter Berücksichtigung der allgemeinen Diskursprofile der das Verhalten begleitende Diskurs ermittelt und dieser hinsichtlich der einzelnen Diskursmuster analysiert. Die Untersuchung soll zeigen, welches Diskursmuster sich als dominant herausgestellt hat und wie eine Diskurshegemonie erreicht wurde, die zur gesellschaftlichen Legitimation des außenpolitischen Verhaltens geführt hat. Durch die Beantwortung dieser Fragen kann gezeigt werden, wie die betreffende Gesellschaft die konkrete Situation bewertet und wie sie sich dabei selbst kategorisiert. Analysebegriffe, die mit Blick auf die allgemeinen Diskursprofile eingeführt werden, sollen helfen, eine Vergleichbarkeit hinsichtlich der Selbst-Kategorisierungen der einzelnen Länder in den verschiedenen Fallstudien zu gewährleisten. Bei diesen Analysebegriffen soll es sich um Begriffe handeln, die unaufgeladen (nicht normativ besetzt), kontextabhängig (von zentraler Bedeutung im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse) und fallstudien-spezifisch sind (z.B. Staat/Nation, Europa, europäische Sicherheit, europäische Einheit, europäische Wohlstandsgewinne). Die Analysebegriffe werden als Hilfsmittel verstanden, die Anhaltspunkte bei der Diskursanalyse geben sollen. Mit ihrer Hilfe soll untersucht werden, ob die Argumentation in bezug auf europäische Außenpolitik in einem Land z.B. idealistisch (Ziel des Handelns soll die Stärkung eines gemeinsamen Europas sein) oder eher instrumentalistisch (Ziel des Handelns soll die Stärkung der eigenen Position – auch unter Zuhilfenahme der europäischen Strukturen – sein) geführt wird (siehe Larsen 1999). Da die Diskurse in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ablaufen können, soll die Bedeutung der Analysebegriffe nicht überbetont und ihre Zahl möglichst klein gehalten werden. Bei der Untersuchung der Diskurse ist grundsätzlich darauf zu achten, welche ideellen Grundlagen zur Begründung des Handelns in den einzelnen Ländern herangezogen werden und inwiefern es sich dabei um rein nationale Kategorien handelt oder ob sich daraus Kategorisierungen ergeben, die die anderen EU-Mitgliedsländer im Sinne eines gemeinsamen Ganzen (europäische Identität) einbeziehen.

6.3 Auswahl der relevanten Textquellen

Mit der Beantwortung der Fragen nach den Teilnehmern bzw. Lenkern des Diskurses, ihrer sozialen Stellung sowie der zentralen Begrifflichkeiten und deren ideellen und normativen Kontexten dürfte ein hoher Analysewert verbunden sein. Da es sich bei den Untersuchungsländern nur um westeuropäische Staaten handelt, die allesamt als gefestigte Demokratien gelten, kann davon ausgegangen werden, dass der Diskurs in jedem Fall maßgeblich von den jeweiligen Regierungen mitbestimmt wird bzw. dass das in der Verfassung bestimmte Herrschaftssystem Grundorientierungen hinsichtlich der relevanten Diskursträger gibt. Aufgrund des gewählten Ansatzes sind insbesondere jene Institutionen von Bedeutung, die der Vermittlung bzw. Herstellung von Legitimation für getroffenen oder zutreffende Entscheidungen dienen. Die institutionelle Aufgabenverteilung kann von Land zu Land variieren. Aus idiosynkratischen Diskursstrukturen und Diskursträgern ergibt sich somit die Notwendigkeit, für die einzelnen Ländern verschiedene Textquellen heranzuziehen: So haben Parlamentsdebatten in Deutschland eine andere Funktion und Bedeutung als in Frankreich, und Meinungsumfragen in Dänemark sind aufgrund der Häufigkeit von Referenden zweifellos wichtiger als in Deutschland. Als relevante Textquellen, die den Gegenstand der Diskursanalyse bilden, werden insbesondere Presseerklärungen von Regierungsfraktion(en) und Opposition, Parlamentsdebatten und Parteiprogramme angesehen. Darüber hinaus werden weitere Textquellen wie Meinungsumfragen, Leitartikel, etc. hinzugezogen, soweit sie mit Blick auf das Herrschaftssystem – insbesondere die Legitimationsfunktion - (z.B. schwache/starke Stellung der Parteien, Möglichkeit von Referenden, Stellung des Verfassungsgerichts, etc.) als wesentlich erscheinen. Bereits beim flüchtigen Blick in die europäische Parteienlandschaft wird man gewahr, dass in der Europapolitik die Diskurse oft quer zu den Parteien laufen. Dies hat Einfluss auf die wählende Analyseebene: In der Rekonstruktion der jeweiligen Diskurse kommt man in solchen Fällen nicht umhin, bis auf die Parteifraktionsebene herunter zu gehen.

7. Was kann dieser Ansatz leisten?

Im Wege der Diskursanalyse lässt sich zeigen, welche Wertvorstellungen und Identitätselemente einer Gesellschaft zugrunde liegen und welche in bestimmten Kontexten von besonderer Bedeutung sind. Durch die Analyse von Diskursen kann offengelegt werden, wie sich eine Gesellschaft in einer konkreten außenpolitischen Situation selbst kategorisiert, welche Bedeutung sie der Situation zuweist und welche Vorstellungen dabei über benachbarte Staaten vorliegen.

Das Forschungsdesign ermöglicht einen Vergleich der verschiedenen Diskurse auf zwei Ebenen: 1. Diskurse eines Landes in verschiedenen Fallstudien (vertikale Analyse); 2. Diskurse verschiedener Länder in der gleichen Fallstudie (horizontale Analyse). Durch den Vergleich der Diskursverläufe eines Landes in verschiedenen Fallstudien lassen sich die identitären Hintergründe eines aus der Außenperspektive stark unterschiedlichen Verhaltens aufzeigen. Vergleicht man die sachspezifischen Diskurse mit den jeweiligen Diskursformation lässt sich feststellen, ob bestimmte Wertvorstellungen und Bedeutungszuweisungen sich verändert haben oder gleich geblieben sind. Daraus lassen sich Rückschlüsse hinsichtlich der Kontinuität bzw. Beständigkeit der aktiven Identitätselemente ziehen und Prognosen für den zukünftigen Verhaltensrahmen des jeweiligen Staates in ähnlichen Situationen ableiten. Außerdem kommen wir der Beantwortung der Frage näher, welche Korrelationsbeziehungen zwischen Identität und Verhalten genau bestehen.

Durch den Vergleich der Diskursverläufe in verschiedenen Ländern innerhalb einer Fallstudie lässt sich feststellen, ob sich die einzelnen Länder in der gleichen Situation gleich, ähnlich oder verschieden kategorisieren, bzw. die Situation gleich, ähnlich oder verschieden bewerten. Das gibt Aufschluss darüber, ob und welche Schnittmengen zwischen den einzelnen nationalen Identitäten der Untersuchungsländer bestehen. Aus den gefundenen Ergebnissen lassen sich Rückschlüsse hinsichtlich der Aussichten eines gemeinsamen Handels in den untersuchten Politikfeldern und hinsichtlich der Entwicklung einer gemeinsamen „europäischen Identität“ ziehen. Denn nur, wenn sich Gesellschaften in einer konkreten Situation überwiegend gleich kategorisieren und dem Ereignis eine überwiegend gleiche Bedeutung zuweisen, werden sie auf Grundlage eines hohen Kooperationsgrades gemeinsam Handeln.

8. Literaturverzeichnis

- Anderson, John R.: Kognitive Psychologie, Heidelberg 1988.
- Bach, Jonathan P.G.: *Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and national Identity after 1989*, New York, Münster 1999.
- Bartelson, Jens: *A Genealogy of Sovereignty*, Cambridge 1995.
- Boekle, Henning/ Rittberger, Volker/ Wagner, Wolfgang: *Norms and Foreign Policy: Constructivist Foreign Policy Theory*, Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 34a, Tübingen 1999.
- Campbell, David: *Writing Security: United States Foreign Policy and the Politics of Identity*, Minneapolis 1992.
- Descombes, Vincent: *Das Selbe und das Andere. Philosophie in Frankreich 1933-1978*, Frankfurt a.M. 1981.
- Dijk, Teun A. van (Hrsg.): *Discourse as Structure and Process. Discourse Studies : A Multidisciplinary Introduction. Volume 1*, London, Thousand Oaks, New Delhi 1997.
- Doty, Roxanne: *Imperial Encounters*, Minneapolis 1996.
- Fairclough, Norman: *Critical Discourse Analysis*, London, New York 1995.
- Fierke, Karin: *Multiple Identities, Interfacing Games: The Social Construction of Western Action in Bosnia*. In: *European Journal of International Relations* 2 (1996) 4.
- Finnemore, Martha: *National Interests in International Security*, Ithaca, New York 1996.
- Foucault, Michel: *Überwachen und Strafen. Die Geburt der Gefängnisse*, 8. Aufl. Frankfurt 1989.
- Ders.: *The Archaeology of Knowledge*, London 1989 (zitiert: 1989a).
- George, Jim: *Discourses and Global Politics: A Critical (Re)Introduction to International Relations*, Boulder 1994.
- Herrmann, T: *Sprechen und Sprachverstehen*. In: Spada, Hans (Hrsg.): *Allgemeine Psychologie*, Bern 1990, S. 281-322.
- Hoffman, Arthur/ Knowles, Vanda: *Germany and the Reshaping of Europe. Identifying Interests – the Role of Discourse Analysis*, ESRC-IGS Discussion Paper 99/9.
- Jäger, Siegfried: *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, Duisburg 1993.
- Kratochwil, Friedrich/ Ruggie, John G.: *International organization: a state of the art on an art of the state*. In: *International Organization* 40 (1986) 4, S. 753-775.
- Larsen, Henrik: *Foreign policy and discourse analysis. France, Britain and Europe*, London, New York 1997.

- Larsen, Henrik: British and Danish European Policies in the 1990s: A Discourse Approach. In: European Journal of International Relations 5 (1999) 4, S. 451-483.
- Nadoll, Jörg/Stahl, Bernhard/Boekle, Henning: Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitik, PAFE-Arbeitspapier Nr. 2, Dezember 2000, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm>.
- March, James G./ Olsen, Johan P.: Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics, New York 1989.
- Milliken, Jennifer: The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research Methods. In: European Journal of International Relations 5 (1999) 2, S. 225-254.
- Preston P.W.: Political/Cultural Identity. Citizens and Nations in a Global Era. London, Thousand Oaks, New Delhi 1997.
- Rein, Martin: Frame-Reflective Policy Discourse, Leyden 1986.
- Shapiro, Michael: Reading the Postmodern Polity, Minneapolis 1992.
- Townson, Michael: Mother-Tongue and Fatherland: Language and politics in German, Manchester 1992.
- Waever, Ole: Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis. In: Carlsnaes/Smith (Hrsg.): European Foreign Policy: The EC and Changing Perspectives in Europe, London, Thousand Oaks, New Delhi 1995.
- Winch, P.: The Idea of a Social Science and its Relation to Philosophy, London 1958.